

# Altersarmut: Viele Rentner fühlen sich betrogen und belogen

Zuhörer im Rathaus lassen kein gutes Haar an Politik und Reformen

VON HEIKE STÜBEN

**Kiel.** Die Rentner, die gestern in den Ratssaal gekommen waren, waren sichtlich aufgebracht – und viele redeten Klartext. Sie sprachen von Betrug und von Diebstahl. Worum ging es? Die SPD-Ratsfraktion hatte zur Diskussion über Altersarmut eingeladen. Ein Thema, das offenbar den Nerv der Besucher traf.

Altersarmut wird in der Regel daran gemessen, wie viele Rentner auf Grundsicherung angewiesen sind. In Kiel trifft das rund 2800 Menschen, und zwar vor allem Frauen. Sie haben wegen der Kindererziehung oft nicht lange genug und in niedrig entlohnten Jobs gearbeitet und sind im Alter auf Geld vom Staat angewiesen. „Davon sind zurzeit 6,2 Prozent der Rentner betroffen“, erklärte Sozialdezernent Gerwin Stöcken und verwies auf die Kinderarmut: Sie betrifft 30 Prozent der Kinder in der Landeshauptstadt. Dennoch hält auch Stöcken die Altersarmut für ein Problem, um das sich die Stadt noch stärker kümmern muss. „Denn durch die Ren-

tenreformen wird das Rentenniveau bis 2030 von derzeit 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinken, und dadurch wird das Altersarmutsrisiko steigen“, sagte Stöcken. Er erwartet, dass 2025 etwa neun Prozent der Rentner nicht von ihrer Rente leben können. Die Maßnahmen dagegen seien in einer Kommune allerdings begrenzt, denn die Rentenreformen könne man ja nicht zurückdrehen.

Genau das aber forderte das Publikum einhellig. Er fühle sich von der Politik betrogen, sagte ein Rentner erbost. Seine Begründung: Er habe in seinem Berufsleben fürs Alter vorgesorgt. Der Chef wollte aber keine betriebliche Vorsorge, also wurden umgerechnet 50 Euro vom Lohn als private Vorsorge angelegt. „Das Geld hätte ich lieber ausgeben sollen“, sagte der Kieler, „denn heute kassiert der Staat dafür im Monat 57 Euro für Kranken- und Pflegeversicherung. Das ist mehr als ich damals eingezahlt habe!“ Auch andere Zuhörer warfen der rot-grünen Bundesregierung vor, 2001 mit der Rentenreform eine massive Ver-

schlechterung für die Rentner eingeleitet zu haben, die ins Desaster führen werde. „Wenn das nicht einkassiert wird, werden die Rentner 2030 den Lebensstandard von 1973 haben“, sagte Rentner Reiner Heyse.

Günter Rahn verlangte daraufhin unter lautem Applaus der Besucher, „dass die Rentenreform mit all den Faktoren, die die Rente abwerten, zurückgenommen wird“. Andere forderten die SPD-Veranstalter explizit auf, in ihre Partei hinein zu wirken und die Rentner zu unterstützen. Währenddessen, sagte Hans-Jürgen Scheibe, werde man weiter Unterschriften sammeln: „Bis jetzt haben über 5000 Personen auf der Internet-Plattform [seniorenaufstand.de](http://seniorenaufstand.de) die Forderung nach einer Umkehr in der Rentenpolitik unterzeichnet.“

Benjamin Raschke von der SPD-Ratsfraktion nahm am Ende die Kritik der Rentner als Auftrag an: „Für uns ist das ein Auftakt. Wir werden das Thema in die Partei tragen.“ Auf kommunaler Ebene will man außerdem einen Runden Tisch zum Thema Altersarmut initiieren.